

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 68 (1976)

Heft: 4

Artikel: Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt der USA für das Rechnungsjahr 1977

Autor: Adam, Robert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354800>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt der USA für das Rechnungsjahr 1977

Robert Adam

Unter den sozialen Bereich im weitesten Sinn, in der amerikanischen Terminologie «direct benefit payments to individuals» (direkte Zahlungen an Einzelpersonen) genannt, fallen Sozialversicherung, Gesundheitspflege, Erziehung, Unterricht und berufliche Fortbildung, verbilligte oder kostenlose Abgabe von Lebensmitteln und Veteranenfürsorge.

Der Lauf des amerikanischen Rechnungsjahres ist geändert worden. Früher umfasste es die Zeit vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des folgenden Jahres und wurde nach dem Endjahr benannt. Jetzt tritt eine Änderung ein: das Rechnungsjahr läuft vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 30. September des nächsten Jahres, das Rechnungsjahr 1977 also vom 1. Oktober 1976 bis zum 30. September 1977; die Benennung nach dem Endjahr wird beibehalten. Der Präsident hat den Haushaltvoranschlag dem Kongress im Januar des Jahres vorzulegen, in dem das Rechnungsjahr beginnt.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1977 sieht an Einnahmen des Bundes 351,3, an Ausgaben 394,2 Mia \$ vor, so dass sich ein Defizit von 42,9 Mia ergibt (1 Dollar = Fr. 2.50). Trotzdem schreiten die USA auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat weiter. In der folgenden Übersicht sind die Zahlen des Vorjahres beigelegt. Von jedem Dollar, den der Bund im Rechnungsjahr 1977 ausgeben wird, fallen in Cents auf:

den Wohlfahrtssektor	40 (39)
die nationale Verteidigung	26 (27)
die Beihilfe an die 50 Gliedstaaten und die lokalen Körperschaften	15 (16)
die Verzinsung der Bundesschuld (gegenwärtiger Stand 484,4 Mia \$)	8 (7)
andere Ausgaben	11 (11)

Sozialversicherung

Die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung ist das grösste Rentenversicherungsinstitut der Welt, sie umfasst auch die Selbständigen, sogar Angehörige der bewaffneten Macht. Empfänger der Leistungen sind 32,6 Millionen Personen bei einer Bevölkerung von 212 Millionen; die jährlichen Ausgaben sind 82,7 Mia \$. Die monatliche Durchschnittsrente beträgt gegenwärtig 249 \$ gegenüber 235 \$ im Vorjahr. Damit liegen die meisten Emp-

fänger noch weit unter den «Grenzen der Armut», die gegenwärtig für die nichtländliche Familie mit zwei Kindern bei einem Jahreseinkommen von 5038 \$ liegen. Um die künftige Finanzierung der Versicherung zu gewährleisten, schlägt der Präsident eine Erhöhung der Beiträge vor, die gegenwärtig 5,85 Prozent des Lohnes bis zu 15 300 \$ jährlichem Einkommen betragen.

Gesundheitspflege

Der seit Jahren umstrittene Plan der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung wird angesichts der gespannten Finanzlage im Voranschlag im Gegensatz zu früheren Jahren nicht erwähnt. Die beiden Ersatzprogramme sind:

a) *Medicare*, eingeführt 1966. Allen über 65 Jahre alten Personen, den Blinden und Erwerbsunfähigen wird ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit Schutz gegen die durch Krankenhaus- und häusliche Pflege entstehenden Kosten in weitem Umfang gewährt, Schutz gegen die durch ärztliche Betreuung entstehenden Kosten in beschränktem Umfang nur, wenn sich der Versicherte mit einem Betrag von 5,8 \$ monatlich an den Kosten beteiligt. Die Zahl der Bezugsberechtigten schätzt man auf 24,3 Millionen, die Empfänger von Leistungen auf 13,2 Millionen. Die Kosten werden für das Rechnungsjahr 1977 mit 19,6 Mia \$ angenommen. Um den Schutz bei länger andauernder Krankheit zu verstärken, schlägt Präsident Ford eine Erhöhung der Eigenleistung des Versicherten vor, ausserdem eine Grenze von jährlich 500 \$ für Krankenhaus- und häusliche Pflege, die der Versicherte selbst zu tragen hat, und von 250 \$ für ärztliche Betreuung. Man hofft dadurch 2,2 Mia \$ zu sparen.

b) *Medicaid*, ebenfalls 1966 eingeführt, für die minderbemittelten Kreise, jedoch ohne Rechtsanspruch. Hier sind die Gliedstaaten an der Kostentragung beteiligt. Man rechnet damit, dass im kommenden Rechnungsjahr 23,2 Millionen Personen, einer von je neun Amerikanern, für diese Hilfe in Betracht kommen könnten. Die Kosten werden auf 16,6 Mia \$ geschätzt.

In beiden Programmen haben sich schwere Missstände eingeschlichen: Rechnung für Dienste, die nicht erbracht worden sind, mehrfache Berechnung für die gleiche Leistung, nicht notwendige Behandlung, überflüssige Untersuchung, Fälschung von Rechnungen, Ausgabe besonders teurer Medikamente, zu langer Aufenthalt im Krankenhaus.

Das Flickwerk von Medicare und Medicaid – anders kann man die beiden Institutionen wohl nicht bezeichnen – kann den Mangel einer

gesetzlichen Krankenversicherung nicht ausgleichen. Zu den enormen Kosten steht das Ergebnis in starkem Kontrast, weil nur ein verhältnismässig kleiner Teil der Bevölkerung erfasst wird. Dem westeuropäischen Sozialpolitiker ist es unbegreiflich, dass Medicare ohne Prüfung der Bedürftigkeit gewährt wird, während ein grosser Teil der arbeitenden Schichten ohne Schutz im Krankheitsfall bleibt; denn von der Krankenversicherung, die im allgemeinen nur grosse Firmen gewähren, wird nur ein Teil der Arbeitnehmer erfasst; die andern sind auf private Versicherungsinstitute angewiesen, denen angesichts der hohen Beiträge viele nicht treten. Langdauernde Erkrankung eines Familienmitglieds kann zum finanziellen Ruin führen.

Die dem Bund bei Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung entstehenden Kosten werden auf 80 Mia \$ geschätzt. Dass eine ausreichende Sozialversicherung den Beteiligten Opfer auferlegt, ist noch nicht ins allgemeine Bewusstsein gelangt. In den meisten Industriestaaten wird die Krankenversicherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen, dem Staat entstehen nur geringe Kosten. Unverständlich ist der in weiten Kreisen, insbesondere der Ärzteschaft, bestehende Widerstand gegen eine umfassende Krankenversicherung. Würde in westeuropäischen Staaten über ihr Fortbestehen abgestimmt, würden sich nur wenige für eine Aufhebung entscheiden.

Neben Medicare und Medicaid werden 2,2 Mia \$ für Forschung in der Gesundheitspflege, 594 Mio \$ für Förderung des Studiums der Medizin und 936 Mio \$ für vorbeugende Massnahmen, insbesondere Kontrolle der Nahrungsmittel, vorgesehen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung

Trotz der seit dem zweiten Kalendervierteljahr 1975 wieder ansteigenden wirtschaftlichen Entwicklung, die die Erwartungen in vielen Sektoren übertroffen hat, ist die Arbeitslosigkeit ein Hauptproblem geblieben. Sie ist vom Höchststand des Mai 1975 mit 9,2 Prozent des Bestands der Arbeitskräfte nur auf 7,3 Prozent im Februar 1976 zurückgegangen. Bei der anhaltenden Arbeitslosigkeit haben viele die Bezugszeit von 39 Wochen überschritten. Nun will man den Schutz zeitlich ausdehnen und die Unterstützungsbezüge erhöhen, wofür eine Erhöhung der Beiträge vorgesehen ist, die die Arbeitgeber im Gegensatz zu andern Ländern allein zu tragen haben. Hingegen hat sich Präsident Ford gegen ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung, das allen Arbeitswilligen Arbeitsgelegenheit verschaffen würde, gewandt. Immerhin sind 5 Milliarden vorgeschlagen.

Hilfe für Kinder

Die Hilfe für Kinder, die von ihrem Ernährer verlassen worden sind, (aid to dependent children) hat zu erheblichen Missständen geführt. Diese gehobene Fürsorge wird vielfach dadurch missbraucht, dass der Vater die Familie verlässt, vielfach nur in den Augen der Behörden. Nun will man mit einem «Child Nutrition Reform Act» der verzweigten Gesetzgebung zu Leibe rücken und diese Programme in Zuschüsse verwandeln, die den Gliedstaaten zur eigenen Verantwortung übertragen werde. Man glaubt, dass 700 000 bedürftige Kinder bisher ohne Hilfe geblieben sind.

Kostenlose und verbilligte Lebensmittelmarken

Das «food stamp program» weist wohl die höchsten Missstände auf. Es erforderte schon im Jahre 1975 13,8 Mia \$. Eingeschlossen sind unter anderem kinderreiche Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 12 000 \$ mit dem Erfolg, dass einer von je 12 Amerikanern teilnahmeberechtigt ist. Der Präsident wiederholt seinen vom Kongress abgewiesenen Vorschlag, durch scharfe Kontrolle 600 Mio \$ einzusparen.

Erziehung, Unterricht und berufliche Fortbildung

Als Zuschüsse für die Gliedstaaten und lokalen Körperschaften, in deren Zuständigkeit Erziehung und Unterricht fallen, werden 7,6 Mia \$ gegeben. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass die Hilfe bedürftigen Studenten zugutekommt.

Veteranenfürsorge

Infolge des Vietnamkriegs werden die Aufwendungen für die ausserordentlich grosszügige Veteranenfürsorge auf 17,2 Mia \$ steigen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit legt man besonderes Gewicht darauf, den Kriegsteilnehmern den Übergang in zivile Berufe zu erleichtern; darauf entfallen 4,2 Mia, auf die ärztliche Betreuung 4,5 Mia.